

Protokoll
**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz-, Personal-,
Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses**

Sitzungstermin: Dienstag, den 31.01.2023

Sitzungsbeginn: 17:34 Uhr

Sitzungsende: 20:12 Uhr

Ort: ENERGIE ERLEBNIS ZENTRUM Ostfriesland (EEZ
Aurich), Osterbusch 2, 26607 Aurich

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Bodo Bargmann

stv. Vorsitzender

Herr Bastian Wehmeyer

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Menko Bakker

Herr Harald Bathmann

Frau Erika Biermann

Herr Arnold Gossel

Frau Antje Harms

Frau Almut Kahmann

Frau Dore Löschen

Herr Gunnar Ott

Herr Richard Rokicki

Herr Volker Rudolph

Vertretung für Herrn Hermann Ihnen

Beratende Mitglieder

Herr Gerhard Wulff

von der Verwaltung

Herr Horst Feddermann

bis 20.02 Uhr (TOP 12)

Herr Uwe Goemann

bis 20.03 Uhr (TOP 13)

Frau Manuela Ideus

Protokollführung

Frau Laura Rothe

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und
Beteiligungsausschusses vom 31.01.2023

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Hermann Ihnen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bargmann eröffnet die Sitzung um 17.34 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bargmann berichtet, es seien zwei weitere Anträge eingereicht worden. Diese seien nicht fristgerecht erfolgt, aber im Ratsprotokollsystem einsehbar. Hierbei handele es sich um einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Drs. 23/007) und um einen Antrag der Linken (Drs. 23/008).

Mit dieser geänderten Tagesordnung wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es sind ca. 30 Vertreter der Auricher Wirtschaft anwesend.

Stellvertretend für alle Gewerbetreibenden erklärt Herr Theo Bohlen (B-Plast & Hotel am Schloss), dass die Unternehmen aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage mit Mehrbelastungen in Millionenhöhe zu kämpfen haben. Von daher sei es für ihn nicht nachvollziehbar, dass in dieser Situation aufgrund eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erneut über die Einführung einer Regenwassergebühr sowie über eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes diskutiert werde. Zusätzlich zur Erhöhung der Grundsteuer B würde den Unternehmen Geld entzogen, welches dringend für Investitionen benötigt werde. Er stellt daher die Frage, warum die sich die großen Parteien von einer kleinen Partei treiben lassen.

Herr Bargmann erinnert daran, dass im Rahmen der Einwohnerfragestunde nur Fragen an die Verwaltung zugelassen seien. Den Ausschussmitgliedern stünde es jedoch frei, auf diese Frage zu antworten.

Frau Altmann macht den Vorschlag, die Sitzung nach den Regularien der Geschäftsordnung weiterzuführen und merkt an, man solle sich nicht unter Druck setzen lassen.

Herr Gossel erklärt, dies sei ein normaler demokratischer Vorgang. Es läge ein Antrag einer Stadtratsfraktion vor, der behandelt werden müsse.

Herr Rokicki äußert sein Verständnis für den Unmut der Gewerbetreibenden, aber die Politik lasse sich nicht treiben. Eine mögliche Einführung der Regenwassergebühr werde nicht nur Unternehmen, sondern auch Privatpersonen treffen.

Frau Altmann führt aus, diese Vorschläge seien entstanden, weil die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung getrieben worden sei. Bei den Beratungen, die alle nicht öffentlich geführt wurden und an denen die Grünen und die Linken nicht teilgenommen haben, seien Vorschläge zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer sowie die Einführung einer Zeitwohnungssteuer gemacht worden. Diese Vorschläge und auch die Berechnungen der Verwaltung habe ihre Fraktion ernst und zum Anlass genommen, diesen Antrag zu stellen.

Herr Feddermann widerspricht den Worten von Frau Altmann. Er erinnert daran, dass die Haushaltskonsolidierungsgruppe auf Antrag und mit Konsens im Rat beschlossen worden sei. Jedem stand es offen daran teilzunehmen. In der Haushaltskonsolidierungsgruppe wurden Themen ergebnisoffen besprochen. Es wurden in dieser Gruppe keine Beschlüsse gefasst, diese können nur im zuständigen Fachausschuss erfolgen.

Herr Bakker stellt den Antrag auf Ende der Debatte und die Rückkehr der Tagesordnung.

Herr Bargmann lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Antrag wird mit 6 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen abgelehnt.

Herr Bathmann erklärt, dass es in der SPD Beschlusslage sei, die Regenwassergebühr mittelfristig einführen zu wollen. Während der Corona-Krise habe man dieses Thema nicht weiterverfolgt. Dieses sei offen bekanntgemacht worden und wurde nicht verschwiegen. Auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer um moderate 5 Punkte halte die SPD für tragbar.

TOP 5 Kenntnisgaben der Verwaltung

Es liegen keine Kenntnisgaben seitens der Verwaltung vor.

TOP 6 Erwerb einer Grundstücksfläche in Schirum als Ausgleichsfläche für Grünlandverlust im Bebauungsplan Nr. 393 Blücherkaserne **Vorlage: 22/229**

Herr Ott erfragt, warum in Schirum eine Ausgleichsfläche für die Blücherkasernen erworben werden müsse. Seines Erachtens sei doch bei der Kaserne genügend Grünfläche vorhanden.

Herr Bargmann erwidert, dass Frau Busch-Maas inhaltliche Fragen im kommenden Bauausschuss beantworten werde. Ursprünglich hätte sie an der heutigen Sitzung teilnehmen wollen, dies sei durch eine Terminüberschneidung leider nicht möglich gewesen.

Herr Ott beantragt daraufhin, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, da er seine Fragen beantwortet haben möchte.

Herr Bargmann informiert, dass der Ortsrat Schirum der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt habe.

Frau Altmann erkundigt sich, ob eine Dringlichkeit vorhanden sei.

Herr Bargmann erwidert, dass dies nicht der Fall sei. Er verweist darauf, dass die Verwaltung alle Möglichkeit überprüft habe und dieser Empfehlung zu vertrauen sei. Abschließend lässt er darüber abstimmen, ob dieser Tagesordnungspunkt zu vertagen werden solle.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen

Empfehlungsbeschluss:

Die Stadt Aurich erwirbt die in dem anliegenden Lageplan rot umrandet dargestellte Grundstücksfläche (Erwerbsfläche), mithin die Fläche zur Größe von 3,06 ha der Flurstücke 38/1 und 39/1 in der Flur 11 der Gemarkung Schirum.

Verkäufer: siehe Anlage 2 – nicht öffentlich.

Der Kaufpreis beträgt 61.152,00 €.

Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

TOP 7 Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet Schirum IV B
Vorlage: 23/015

Empfehlungsbeschluss:

1. Die Stadt Aurich veräußert die in den anliegenden Lageplänen rot umrandet dargestellte, innerhalb des Gewerbegebietes Schirum IV belegene Gewerbefläche zur Größe von ca. 4.770 m² aus dem Flurstück 19/10 der Flur 2 der Gemarkung Schirum.
2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Der Kaufpreis beträgt 30,00 €/m², mithin für die angenommene Grundstücksgröße ca. 143.100,00 Euro.
4. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

TOP 8 Haushalt

TOP 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Anträge zum Haushalt 2023
Vorlage: ANTRAG 23/002

1. Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes

Frau Altmann stellt den Antrag vor. Die Grünen beantragen die Erhöhung der Gewerbesteuer um 5 Punkte von 395 auf 400 Punkte.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 31.01.2023

Herr Bargmann schlägt vor, bei diesem Tagesordnungspunkt auch den Antrag der Linken zu behandeln und darüber abzustimmen, da dieser ebenfalls eine Erhöhung der Gewerbesteuer vorsieht. Der Antrag der Linken sieht eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 Punkte vor.

Herr Wulff bestätigt, dass die Linken die Gewerbesteuer auf 410% erhöhen möchten.

Herr Wehmeyer findet den Antrag sachlich und fachlich falsch. Die aktuelle Marktsituation sei von beiden Antragstellern nicht berücksichtigt worden. Die Stadt Aurich habe kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Zudem könne man Aurich aufgrund des Standortnachteils nicht mit Emden vergleichen. Die Auricher Unternehmen führen bei der Stadt zu hohen Einnahmen. Die Energiekosten seien bei den Unternehmen extrem gestiegen. Zusätzlich müssen höhere Personalkosten und steigende Zinsen erwirtschaftet werden. Für ihn sei es unverständlich, in dieser schwierigen Situation die Gewerbesteuer zu erhöhen und eine Regenwassergebühr einführen zu wollen. Abschließend stellt er fest, dass die CDU dem Antrag nicht zustimmen könne.

Herr Bakker kritisiert, dass hinsichtlich der Diskussionskultur mit zweierlei Maß gemessen werde. In der Vergangenheit gab es häufiger Sitzungen mit mehreren Zuhörern, die sich kritisch geäußert haben. Dort habe sich keiner unter Druck gesetzt gefühlt. Man solle eher die Ausgaben senken, anstatt die Einnahmen zu erhöhen. Aurich sei keinesfalls mit dem Standort Emden vergleichbar. Weitere Steuererhöhungen seien für die FDP in dieser Zeit nicht vertretbar.

Herr Rokicki schließt sich den Worten seiner beiden Vorredner an. In dieser Zeit sei es wichtig, Arbeitsplätze zu erhalten. Wer in dieser Zeit höhere Abgaben fordere, verkenne die derzeitige Situation bei den Unternehmen. Die AWG werde dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Bathmann erwähnt, dass die Zeit für Steuererhöhungen immer die falsche sei. Fakt sei, dass der Haushalt konsolidiert werden müsse. Wenn eine Steuererhöhung moderat erfolge, sei dies auch tragbar.

Herr Feddermann merkt an, dass Unternehmer auch Bürger seien. Diese tragen bereits die Erhöhung der Grundsteuer B mit.

Herr Rudolph nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Wehmeyer und teilt mit, dass er die ökonomische Einschätzung seines Kollegen sehr schätze. Allerdings teile er die Aussage nicht, dass die Ausgabenseite zu hoch und die Einnahmenseite zu niedrig sei. Er sei für die Erhöhung der Gewerbesteuer, denn eine Erhöhung von 5 Punkten sei ein erträgliches und moderates Maß.

Frau Altmann teilt mit, dass sie den Aussagen von Herrn Wehmeyer nicht zustimmen könne. Man könne die Einnahme- und Ausgabenseite nicht voneinander trennen. Die Haushaltskonsolidierungsgruppe habe Kürzungen im sozialen Bereich vorgeschlagen. Ebenso kritisiert sie die Aussage des Bürgermeisters, dass Gewerbetreibende auch Bürger seien. Der Bürgermeister habe einen bei der Einbringung des Haushaltes 2023 einen Aufruf gestartet, die desolaten Zahlen des Haushaltes ernst zu nehmen. Diesen haben die Grünen ernst genommen und ihre Vorschläge dazu gemacht.

Herr Bargmann weist daraufhin, dass Gewerbetreibende ebenso ein Privatgrundstück sowie Firmengelände haben.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 31.01.2023

Herr Feddermann erinnert an die Gesamtsumme der freiwilligen Leistungen (21,1 Mio. €). Die Ausgabenseite müsse neu bewertet und hier müsse gekürzt werden. Dies sei eine Aufgabe, die allen politischen Entscheidern schwerfallen würde. In den vergangenen Jahren seien immer mehr freiwillige Leistungen erbracht worden.

Herr Bargmann ruft zur Abstimmung über den Antrag der Linken auf, welche eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 Prozentpunkte fordere.

Abstimmungsergebnis:

2 Enthaltungen, 11 Nein-Stimmen

Abschließend lässt Herr Bargmann über den Antrag der Grünen zur Erhöhung der Gewerbesteuer um 5 Prozentpunkte von 395 auf 400 Punkte abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

2. Vorbereitung zur Einführung einer Regenwassergebühr/ Abwassersplitting II 57:56

Frau Altmann erläutert, dass die Grünen die Regenwassergebühr seit 2017 gefordert hätten. Nach ihrer Einschätzung werde man auf Dauer nicht vor einer Einführung die Augen verschließen können. Die Regenwassergebühr müsse sozialverträglich und verursachergerecht erhoben werden, um für die Sanierungsbedürftigkeit des Kanalnetzes zu sorgen. Dies sei bereits in einer 2018 stattfindenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses protokolliert worden.

Herr Rokiki erwidert, dass er es für die falsche Methode halte. Stattdessen wäre es ihm lieber, es würden für die Unternehmen Anreize geschaffen werden.

Herr Wehmeyer beklagt, dass durch die Regenwassergebühr die Mietpreise angehoben werden. Vermieter könnten diese eins zu eins auf die Mieter umsetzen. Das sei nicht sozialverträglich.

Herr Bathmann verteidigt die Regenwassergebühr. Sie folge dem Verursacherprinzip und sei grundsätzlich in Ordnung. Die Forderung, sich von anderen Städten informieren zu lassen, habe leider nicht stattgefunden. Eine Einstellung für dieses Haushaltsjahr solle nicht erfolgen. Die SPD werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Rudolph bestätigt, dass eine gemeinsame Sitzung vom Umweltausschuss und dem WSA noch nicht stattgefunden habe. Er fordert, dass dies bis zum 30.04.2023 nachgeholt werden solle. Zudem wünsche er sich eine kompetente Beratung aus anderen Gemeinden, die diese bereits eingeführt haben.

Herr Feddermann bestätigt, dass diese zugesicherte Sitzung nicht stattgefunden habe. Er sichert zu, dass dies nachgeholt werde.

Herr Ott sieht in dem Prinzip Kosten gerechter zu verteilen, keine Mehrbelastung. Für ihn gehe es um eine Gebührengerechtigkeit.

Herr Wulff teilt mir, dass noch jede Menge Beratungsbedarf bestehe. Bevor es zu einer Abstimmung käme, sollte dies erfolgt sein.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 31.01.2023

Auf Nachfrage von Herrn Bargmann, möchte Frau Altmann den gestellten Antrag auf Einführung einer Regenwassergebühr nicht zurücknehmen.

Abschließend lässt Herr Bargmann über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen

3. Einführung einer Zweitwohnsteuer

Frau Altmann erläutert den Antrag und erklärt, die Einführung einer Zweitwohnungssteuer sei ebenfalls ein Vorschlag der Haushaltskonsolidierungsgruppe.

Herr Feddermann bestätigt, dass die Einführung einer Zweitwohnungssteuer in der Haushaltskonsolidierungsgruppe vorgestellt worden sei. Parteiübergreifend habe die Einführung einer Zweitwohnsteuer Konsens gefunden. Eine Umsetzung sei aus personellen Gründen noch nicht möglich gewesen.

Abschließend lässt Herr Bargmann darüber abstimmen. Die Verwaltung werde zu diesem Thema zeitnah eine Beschlussvorlage erstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Gründung eines Fonds zur Wohnraumsanierung

Herr Ott begründet den Antrag zur Gründung eines Fonds zur Wohnraumsanierung. Die Stadt Aurich verfüge über eine große Anzahl an Wohnungen. Diese befänden sich zum Teil in einem schlechten Zustand. Hier müsse regelmäßig saniert und investiert werden. Hierfür müsse eine entsprechende Position in den Haushalt eingestellt werden. Auch um die Werte zu wahren. Um den Wert zu erhalten.

Herr Feddermann erläutert, die Gründung eines Fonds sei kommunalrechtlich nicht zulässig.

Herr Rokicki stellt klar, dass nicht jede Wohnung zu sanieren sei. Manchmal sei ein Neubau wirtschaftlicher.

Herr Bargmann stellt klar, dass das Gebäudemanagement jährlich einen Haushaltsansatz für die bauliche Unterhaltung habe und damit auch Wohnungen saniert werden können. Zusätzlich sind in diesem Jahr 600.000 Euro für energetische Sanierungen eingestellt. Ein Fonds sei haushaltsrechtlich nicht möglich, daher müsse der Antrag überarbeitet werden.

Herr Wulff merkt an, dass man über die Höhe des Budgets für die bauliche Unterhaltung beraten müsse.

Herr Ott verweist auf das allgemeine Deckungsprinzip. Es fehle Geld für die Sanierung von Wohnraum. Dies müsse bereitgestellt werden, ob in Form eines Fonds oder als Rücklage oder als allgemeines Budget.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 31.01.2023

Herr Bargmann verweist auf die vom Gebäudemanagement eingestellten Haushaltsansätze für 2023 ff. Es sei ein Antrag auf Erhöhung dieser Summe zu stellen. Über den vorliegenden Antrag könne nicht abgestimmt werden, da dieser nicht zulässig sei.

Herr Ott zieht den Antrag zurück. Dieser Punkt werde entsprechend überarbeitet.

TOP 8.2 Antrag der FDP-Fraktion, hier: Anträge für den Haushalt 2023
Vorlage: ANTRAG 23/003

Einleitend teilt Herr Bargmann mit, dass bis auf den Punkt City-Streife, alle anderen Sachverhalte erledigt seien.

Herr Bakker berichtet, dass die City-Streife für die FDP keinen Effekt habe. Die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel sollten eher dafür verwendet werden, dass dunkle Ecke mehr ausgeleuchtet werden.

Herr Wulff merkt an, dass diese Aufgaben die Polizei als Hoheitsaufgabe wahrnehmen müsse.

Frau Löschen erwidert, dass die City-Streife durchaus eine Berechtigung habe. Für viele Einwohner verkörpere die City-Streife mehr Sicherheit.

Herr Gossel teilt mit, dass die Polizei nicht alle Aufgaben der City-Streife übernehmen könne. Die Problemecken am Hafen und beim Rathaus decke die City-Streife gut ab.

Abschließend lässt Herr Bargmann über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja, 12 Nein-Simmen

TOP 8.3 Antrag der Gruppe SPD/GAP, hier: Anträge zum Haushalt 2023
Vorlage: ANTRAG 23/004

Herr Bargmann stellt fest, dass es bei dem Antrag der SPD/ GAP um den Gebührenhaushalt Bestattungswesen geht und darüber abgestimmt werden müsse. Dieser Antrag wurde auch von den Grünen gestellt und könne somit zusammen diskutiert werden.

Frau Biermann bittet um den Sachstand, bis wann mit einer Einführung von Rasengräbern zu rechnen sei und bis wann die Friedhofssatzung überarbeitet sei.

Frau Rothe erwidert, dass die reinen Rasengräber bisher noch nicht auf einem städtischen Friedhof angeboten werden. Die Friedhofssatzung werde aktuell überarbeitet. Die Gebührenkalkulation erfolge durch die Kämmerei. Trotz personeller Engpässe wäre eine Überarbeitung der Satzung bis zum 30.06. möglich. Die Einführung von Rasengräbern sei bis Ende des Jahres möglich.

Herr Gossel gibt zu bedenken, dass gerade im Bestattungswesen seit Jahren eine Unterdeckung vorhanden war. Die Gebühren wurden moderat angepasst. Es sei darauf zu achten, dass Friedhofsgebühren für den Bürger noch bezahlbar bleiben.

Abschließend lässt Herr Bargmann darüber abstimmen, die Verwaltung mit der Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung bis zum 30.06.2023 zu beauftragen und die Einführung von Rasengräbern bis zum Ende des Jahres auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 8.4 Antrag der CDU-Fraktion, hier: Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung
Vorlage: ANTRAG 23/006

Herr Wehmeyer stellt den Antrag der CDU ausführlich vor. Aufgrund der vorangegangenen Diskussion könne der Punkt, das Gewerbesteuerniveau auf dem aktuellen Niveau zu halten und von derzeitigen Erhöhungen abzusehen (Spiegelstreich 3), aus dem Antrag herausgenommen werden.

Herr Feddermann erwidert, dass die Vorschläge der CDU machbar sei und die Stadt bereits die Umsetzung einzelner Punkte plane.

Herr Rudolph merkt an, dass der Spiegelstrich 4 (weitere Gebührenanpassungen bzw. Neuerhebungen zu vermeiden) ebenfalls aus dem Antrag herauszunehmen sei, da man sonst nicht weiter über die Konsolidierung des Haushaltes diskutieren brauche.

Herr Bathmann teilt mit, wenn die beiden Spiegelstriche 3 und 4 herausgenommen werden würden, würde die SPD den Antrag der CDU unterstützen.

Abschließend lässt Herr Bargmann, nach Rücksprache mit der CDU, darüber abstimmen, dem Antrag ohne die Spiegelstriche 3 und 4 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

TOP 8.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Anträge und Anfragen zum Haushalt 2023
Vorlage: ANTRAG 23/007

Herr Ott erläutert den Antrag der Grünen auf Verschiebung der Verabschiedung des Haushaltes in den Monat März 2023. Für ihn seien noch viele Fragen offen und nicht geklärt.

Frau Altmann ergänzt, dass die Fragen aus der Vorlage (Drs. 22/064 - Sachstand über die Quantität und Qualität der Wohnungen, die sich im Besitz der Stadt Aurich befinden) bis heute noch nicht beantwortet seien. Die Punkte seien aber haushaltsrelevant.

Herr Feddermann erwidert, die Verwaltung sei dabei die Gebäude zu erfassen. Der dafür zuständige Mitarbeiter sei erkrankt, die Ergebnisse stehen somit noch aus.

Herr Ott erwarte eine Beantwortung der gestellten Anfragen (22/064) durch die Verwaltung.

Frau Biermann erläutert, dass vor Verabschiedung des Haushaltes noch weitere Fachausschusssitzungen stattfinden. Offene Fragen könnten somit auch dort behandelt werden.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 31.01.2023

Abschließend lässt Herr Bargmann über den Antrag der Grünen abstimmen, ob die Verabschiedung des Haushaltes verschoben werden solle.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen

TOP 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE, hier: Anträge und Fragen zum Haushalt 2023
Vorlage: ANTRAG 23/008

Herr Bargmann stellt klar, welche Anfragen zu den aufgeführten Produkten den Finanzausschuss betreffen.

Herr Wulff erfragt, wieso der Betriebskostenzuschuss an die abh (Produkt 573-010 Beteiligungen) auf 400.000 Euro begrenzt sei, wenn im Wirtschaftsplan ein Verlust in Höhe von 1,7 Mio. Euro geplant werde. Er bezweifle die Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit.

Herr Goemann erwidert, der BK-Zuschuss sei der Wert, der kassenwirksam an die abh gezahlt werde. Dieser sei unabhängig von den Abschreibungen und Verlusten. Die Verluste der Gesellschaften werden im Kernhaushalt als Abschreibung des Finanzanlagevermögens eingeplant und verbucht.

Die Einführung einer Grundsteuer C sei derzeit nicht umsetzbar. Die Verwaltung komme aber bei Bedarf wieder auf das Thema zurück und werde die erforderlichen Informationen zusammenstellen.

TOP 8.7 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 - ergänzende Unterlagen
Vorlage: 22/204/3

Herr Goemann erläutert die aktuelle Veränderungsliste (2. VÄL Anlage zur Vorlage 22/204/4).

Herr Bathmann wundert sich über die Herausnahme des Postens zur Überplanung des Bereiches Wallinghausener Str / Ginsterweg. Auch Herr Bargmann ist mit der Streichung nicht einverstanden. Er habe dies im Fachausschuss so beantragt.

Auf Nachfrage von Herrn Wulff erläutert Herr Goemann wie mit den Empfehlungen der Ortsräte umgegangen werde. Diese werden in einer Anlage zusammengefasst und im finalen Finanzausschuss diskutiert.

Empfehlungsbeschluss:

Gemäß § 58 Abs. 1 Ziffer 9 NKomVG beschließt der Rat der Stadt Aurich die Haushaltssatzung der Stadt Aurich für das Haushaltsjahr 2023 auf der Grundlage des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfes des Haushaltsplanes 2023 für den Kernhaushalt und die Nettoregiebetriebe der Stadt Aurich, einschließlich der Investitionsprogramme für den Planungszeitraum 2023 bis 2026. Der Festlegung der wesentlichen Produkte sowie dem Stellenplan 2023 wird zugestimmt. Die Daten des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes 2024 – 2026 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

wird zur Kenntnis genommen

TOP 9 Anfragen an die Verwaltung

Frau Altmann erfragt den Sachstand zur Fortschreitung der Markthalle.

Herr Feddermann sagt zu, dass eine Antwort dem Protokoll beigelegt werden wird.

TOP 10 Einwohnerfragestunde

Herr Theo Bohlen erfragt, wie der Bürgermeister die Stadt Aurich weiterhin attraktiv für die Gewerbetreibenden halten möchte?

Herr Feddermann erklärt, dass Aurich sehr attraktiv für Unternehmen sei und er sich wünsche, dass dieser Umstand auch so bleibe. Er könne sich der Einlassung der SPD anschließen, dass bei einer möglichen Einführung der Regenwassergebühr im Gegenzug eine Steuerensenkung erfolge. Zudem weist er daraufhin, dass alle Beschlüsse im Kollektiv beschlossen werden. Für Aurich ist dies der Rat der Stadt Aurich.

Auch Herr Bathmann unterstreicht die Wichtigkeit der Auricher Wirtschaft.

TOP 11 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Bargmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.59 Uhr.